

Digitalisierung als Ideologie

§1 Computertechnologie ist heute die Leittechnologie, die sich nicht nur als Komponente in den anderen Technologien wiederfindet, sondern sie ist auch die Leittechnologie in dem Sinne, dass von ihr die entscheidenden Lösungen für die Probleme der Gegenwart erwartet werden, sei es als Bereitstellung von Simulationsgrundlagen und Bestandteil neuer Technologien (etwa bezüglich des Klimawandels), sei es als Technik, die das soziale und politische Miteinander revolutioniert. Digitalisierung wird als Allheilmittel diversester Probleme in Anschlag gebracht. In den Medien, d.h. sowohl in den sozialen Medien digitaler Art selbst als auch in den Unterhaltungsmedien (mit ihren Serien zur Zukunft und Rolle von Robotern und KI z.B.) dominieren digitale Techniken die Vorstellungen von der Zukunft – sei es die schaurigen (wie der ‚bösen‘ KI), sei es die utopischen einer perfekteren digitalen Gesellschaft.

§2 Digitaltechnologien betreffen nicht nur jeden durch ihre Auswirkungen, sondern jeder handhabt sie in mehr oder weniger großen Umfang. Bis auf Segmente älterer Generationen hält sich jeder für kompetent, mit diesen Technologien (insbesondere manifest im wörtlichen Sinne im ‚Handy‘) umzugehen. Zugleich muss nahezu jeder zugeben, die Funktionsweise der so alltäglichen Digitaltechnik nicht zu durchschauen. Daraus resultiert ein Verlassen auf die Experten, ein Vertrauen in deren Kompetenz und Ungefährlichkeit – bis zu einem Kult der Experten, die zugleich als Genies und Retter verehrt als auch als ‚Nerds‘ depotenziert werden. Digitale Technologie ist omnipräsent und zugleich begriffen intransparent – wie die Lenkung der Welt durch einen wohlmeinenden, aber nicht einfach beobachtbaren Gott. Digitalisierungsvertrauen beerbt das Gottvertrauen.

§3 Eine Ideologie ist eine säkulare (Welt-)Anschauung, die trotz fehlender entsprechend starker Begründung mit großer Entschiedenheit vorgetragen oder – vielleicht auch nur indirekt und implizit – unterstützt wird, *weil* dies den Unterstützenden nutzt. Eine Ideologie ist mehr als ein Irrtum oder eine falsche Behauptung, die bei Bedarf revidiert werden. Sie definiert sich durch die Disproportion von Belegen und Unterstützungsgewissheit – analog zu

religiösen Glaubenssystemen – sowie durch die Rolle des Nutzens der Auffassung für ihre Vertreter, indem die Orientierung am Nutzen die Orientierung an der Wahrheit eine Auffassung hintanstehen lässt. Ob eine Ideologie vorliegt, muss im Detail nachgewiesen werden, um nicht billige Ideologievorwürfe zu produzieren, von denen die Geschichte der ‚Ideologiekritik‘ nicht frei ist. Trotz dem Entlarvungshabitus, der sich schnell mit der Diagnose eine Ideologie verbinden kann, handelt es sich um ein im obigen Sinne nicht unklares Konzept, das eine diagnostische Funktion besitzen und damit Anlass zur Kritik falscher Denkweisen werden kann.

Habituelle Überzeugungen und Vorurteile sind nicht *per se* schädlich, oft haben sie sich nicht ohne Grund eingespielt. Schädlich werden sie dann, wenn sie der Kritik entzogen werden, wobei diese dabei unsachlich abgewertet wird. Die empörte Emotionalisierung, die sich hier findet, deutet dabei auf die fehlende Begründbarkeit der entsprechenden Auffassungen hin, denn begründetes Zurückweisen einer Kritik erübrigt Beschimpfung.

Waren Kritiker des ‚Volkswillens‘ keine ‚echten Deutschen‘ oder ‚arrogante (Links-) Intellektuelle‘ so werden Kritiker eines beschleunigten technologischen Wachstums als ‚hinterwäldlerisch‘ oder ‚anti-modern‘ etc. diskreditiert. Solche Markierungen einigen und festigen die ‚In-Group‘ der Anhänger, ohne eine Argumentation zu liefern.

§4 Etwas Zweckmäßiges bedarf keiner kontroversen politischen Debatte, so wird beansprucht. Dabei lässt sich politisch nach der Rechtfertigung etwa der Zwecke selbst fragen. Dies gilt u.a. für den heute zentralen Wert des ‚Wachstums‘ (gemeint ist i.d.R. allein wirtschaftliches Wachstum). Abgesehen von den Schwierigkeiten, in welchen Recheneinheiten mit welchen Standardmethoden dies gemessen wird (z.B. ob Schäden an der Umwelt einbezogen werden als positive oder negative Messwerte), wäre die Unerlässlichkeit des Ziels zu begründen: Warum muss eigentlich ‚die Wirtschaft‘ immer wachsen? Ist der Wachstumszwang nicht eine Facette einer nicht nachhaltigen Lebensweise? Zweckmäßig ist etwas relativ zu Zwecken, die selbst der Begründung bedürfen. Da Digitalisierung selbst bei ihren entschiedensten Verfechtern – mutmaßlich – kein Selbstzweck sein soll, bedarf sie also einer nicht technischen Begründung im Rahmen einer Diskussion um die Wünschbarkeit der vorausgesetzten Zwecke.

§5 Ohne eine Legitimation der vorausgesetzten Zwecke und die wiederholbare und rückrufbare Legitimation der Mittel wird eine Technik eine sich der gesellschaftlichen Kontrolle entziehende Dimension der Herrschaft über gesellschaftliche Entwicklungen. Die Gesellschaft wird geprägt in eine vermeintlich unvermeidbare technische Organisationsform, die als Herrschaftsform der Kritik entzogen ein Ideal repräsentiert, das ideologisch persistiert. Der Verweis auf die technischen ‚Sachzwänge‘ ersetzt politische Legitimation. Digitalisierung und technischer Fortschritt als allgemein in dieser Dimension befürwortet (d.h. mit dem Prärogativ der Wünschbarkeit versehen) sind Produktivkräfte und Ideologie zugleich. Sie tendieren dazu, ihren Einflussbereich und die Durchdringung der Gesellschaft zu erweitern.

§6 Eine Technik, welche den Interessen des Kapitals dient und zugleich hedonistische Bedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung befriedigt, kann sich weiter Zustimmung erfreuen und zugleich sich für die Akteure als insofern ‚unschuldig‘ verstehen und entschuldigen lassen, als sie von den Experten angemahnt wird. Die Experten müssen dabei nicht irren (also bloße Pseudoexperten sein) – der Status des Experten gründet sich indessen in den schon vorausgesetzten Technologien und Zwecken, für genau welche die Experten eben Experten sind.

§7 Die Forcierung der Digitalisierung als Allheilmittel drückt ebenso eine Entpolitisierung der Problemdebatten in der Hinsicht aus, als sich Politik damit an der Lösung technischer Probleme orientiert und damit die Steuerungskompetenz zumindest partiell an die einschlägigen Experten abgibt, nicht nur innerhalb der Fachbürokratie, sondern auch externer Akteure (etwa privatwirtschaftliche Beratungsfirmen). Sogar eine Expertenregierung scheint in Krisenzeiten als Lösung, wobei wiederum die Herleitung des Expertenstatus sehr begrenzt thematisiert wird. Gehört werden Expertenkommissionen und gelegentlich ‚Gegenexperten‘, womit i.d.R. jedoch wieder Experten im vorausgesetzten Bereich gemeint sind, nicht Experten diesbezüglich, welche Experten man braucht, inklusive, welche Bereiche der Expertise man braucht. Eine solche Auswahl hat politischen Charakter. Dieses Meta-Expertentum ist eine politische Qualifikation, die sich auch an ihren Wertmaßstäben der Auswahl zu legitimieren hätte. Politische Legitimation wird heute i.d.R. als Mobilisierung von Vertrauen (in Abstimmungen für politisches Führungspersonal)

verstanden. Politik weisen sich dabei oft selbst als vertrauenswürdig aus, indem sie auf ihre Expertise – nicht ihre Meta-Expertise – verweisen. Diese verbleibt als diffuser Hintergrund einer politischen Grundorientierung, welche die Wählenden mutmaßlich teilen.

§8 Ohne die Orientierung am unerlässlichen Fortschritt als Wachstumsfaktor träten wieder Verteilungsfragen bezüglich der begrenzten Ressourcen und des begrenzten Wohlstandes in den Vordergrund. Damit würden sich vor allem Fragen der Legitimation der Verteilungsverhältnisse stellen. Darin, solche Legitimationsfragen fernzuhalten, übernimmt das Ideal der digitalen, technischen Weltsicherung und -verbesserung die Rolle traditioneller Ideologien wie der Leistungsideologie, welche dem hedonistischen Zeitgeist nur partiell genügen. In der Verknüpfung mit der digitalen Unterhaltungsindustrie kann diese Ideologie viel weiter auf die individuellen hedonistischen Motive ausgreifen und sich dort verankern, als traditionelle Ideologien dies vermochten. Gleichzeitig kann sie besser als diese auf eine objektive Legitimierung (nämlich dem wissenschaftlichen Nachweis von Sachzwängen) verweisen als eine in Werthaltungen fundierte Leistungsideologie dies konnte. Digitalisierung als Ideologie macht sich weniger angreifbar.

§9 Technische Machbarkeitsideologien begleiten auch entsprechende Erlösungserwartungen. Probleme werden an die mutmaßlichen – erhofften – Entwicklungen der digitalen Technologien verwiesen. Ökologische Probleme etwa, deren gesellschaftliche Ursachen eine Lösung mit gesellschaftlichen Veränderungen nahelegen würden, die entsprechend politisch schwierig und manifesten Interessen zuwiderlaufend sind, sollen durch technische Zauberei aufgelöst werden. Die zu Veränderungen aufgeforderten Akteure werden so freigestellt, ein Ersatzagent dahingestellt. Die digitale Erlösung aus der Not – wenn nicht von ‚allem Bösen‘ – vertröstet. Diese eschatologische Aufladung unterscheidet die Ideologie des Technischen von der rationalen Orientierung an der Wissenschaft.

§10 Politische Aktivität systemkritischer Art lässt sich, obwohl Netzaktivisten dies zu glauben scheinen, nicht äquivalent digitalisieren. Das Netz bietet Möglichkeiten der Artikulation und Meinungsakkumulation, die vorher nicht offenstanden, jedoch zugleich auch deren überflutende Überzahl. Antiproportional zur Geschwindigkeit der Einholung der

Unterstützung einer digitalen Petition verhält sich deren Einfluss, in der Online-Flut anderer solcher Aktivitäten. Die Meinungsvielfalt, die sich digital öffnet, behindert zugleich eine kollektive fokussierte Öffentlichkeit, zugunsten der oft festgestellten und beschriebenen Fragmentierung der Blasen sozialer Teilöffentlichkeiten der sozialen digitalen Medien. Das mutmaßliche Angebot an jeden, im digitalen Raum Gehör zu finden, ernst genommen ist eine Beteiligungsideologie, insofern die Bedingungen des relevanten Gehört Werdens mit dem Angebot schon untergraben waren.

Die repressive Toleranz der digitalen Meinungsvielfalt und -freiheit vollzieht sich als Meinungsüberflutung der digitalen Öffentlichkeit. Soziale digitale Netzwerke können zur politischen Mobilisierung genutzt werden, wie auch zur kurzfristigen Aufregung und Desinformation. Die Frage ist nicht, ob sie ausschließlich politisch nutzlos sind, sondern, ob der digitalen Organisations- und Zugangsform dieser Öffentlichkeit die Tendenz innewohnt, den symbolischen Raum nicht zu verlassen. Darin kann der bloße Anschein von Aktivität entstehen, insofern kritische politische Aktivität irgendwann vom symbolischen zu die nicht bloß symbolische Realität veränderndem Handeln werden muss, wenn sie ihre kritische Attitüde ernstnimmt.

Man muss die digitale Öffentlichkeit nicht als Rückschritt ansehen, ebenso wenig allerdings sollte man sie utopisch überhöhen.

§11 Digitale Produkte (insbesondere Software und reproduzier- und kopierbare Unterhaltungsmedien) verhalten sich bezüglich ihrer Verwertbarkeit anders als industrielle. Damit ergibt sich jedoch kein Widerspruch zu ihrer kapitalistischen Verwertung oder einer Rolle in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie gelegentlich behauptet wird. Zunächst verlagert sich mit ihnen z.B. die Stelle der Verwertung vom Kauf eines Mediums zur Gebühr für einen medialen Gatekeeper (wie einen Streaming-Dienst), welcher die Produzenten entlohnt. ‚Freie‘ Software arbeitet nicht gegen die privatwirtschaftliche IT-Industrie, sonst wären deren Unterstützung und Mitarbeit an ihrer Bereitstellung und Pflege (wie im Falle von Linux) nur selbstschädigend und ökonomisch irrational. An die Stelle der Lizenz für die Software tritt hinreichend oft ein Servicevertrag für die Wartung und Pflege entsprechender digitaler Infrastruktur, denn ‚freie‘ Software ist, insbesondere wenn im industriellen Maßstab eingesetzt, keineswegs stabiler und weniger Updates und Konfiguration bedürftig als nicht quelloffene lizenzierte Software. Der Umstand, dass nicht – wie z.B. bei Microsoft – Updates

und Bugs öffentlich gemacht werden, um Kunden die Wartung zu garantieren, heißt nicht, dass diese nicht auftreten. Der benötigte Service widersetzt sich der Kopierbarkeit, welche der Software eignet. Der Trend großer IT-Unternehmen unterstützt daher das Anbieten von Wartung und Cloud-Diensten bei freier Bereitstellung entsprechender Software. Die digitale Infrastruktur verbleibt damit ein Bestandteil der kapitalistischen Infrastruktur. Das schließt Nischenprodukte und entsprechende Freiräume sowenig aus wie Supermarktketten selbstverwaltete ökologische Betriebe ausschließen. Nischen komplett ‚freier‘ Software und Services beruhen auf der Tätigkeit von Fachkräften, die wenn nicht bei Stiftungen (wie im Falle Mozilla) beschäftigt, die sich z.T. öffentlich und z.T. durch die IT-Industrie finanzieren, ihr Geld in der ‚nicht-freien‘ IT-Wirtschaft verdienen, sei es angestellt oder freiberuflich. Die Nischen hängen damit indirekt von einer Entlohnung durch die ‚nicht-freie‘ IT-Wirtschaft ab. Auch hier bieten sich Freiräume neuer Konsum- und Kommunikationsformen. Solche Freiräume als Ausdruck einer die Verwertung sprengenden Digitaltechnologie anzusehen ist eine utopische Verblendung.

§12 Durch die utopische Überfrachtung digitaler Produkte und netzpolitischer Aktivitäten auf der einen Seite und den technologiegläubigen Digitalisierungsapologeten des Wachstums auf der anderen Seite, begleitet von einer breiten hedonistischen Ausrichtung auf digitale Entertainmentformate, bildete sich eine Allianz der Digitalisierungsforcierer jenseits politischer Differenzen, die allerdings ihr Vertrauen in die Digitaltechnik einigt und die je verschiedene aber gleichsam den Trend unterstützende Digitalisierungsideologien vertreten.